

Mystische Umarmung des gekreuzigten Jesus

„Amplexus“ heißt die imposante Skulptur, die bis zum 4. Januar in der schlichten Basilika von Kloster Eberbach im Rheingau die Blicke auf sich ziehen dürfte. Die mystische Umarmung des gekreuzigten Christus mit dem Gründer von Eberbach, dem heiligen Bernhard von Clairvaux, ist ein Werk der 1963 in Mainz geborenen Künstlerin Jutta Reiss. Ausdruck ihrer künstlerischen Handschrift sind vor allem lebensgroße Bronzearbeiten, von denen im Mittelrheintal schon einige zu sehen sind. Die bei Dörnberg im Rhein-Lahn-Kreis wohnende Reiss nutzt von heute an die mittelalterliche Kulisse des Klosters, um unter dem Titel „Lebensader Rhein. Dem Himmel so nah“ rund 30 Arbeiten einem breiten Publikum vorzustellen. Zu sehen sind sie auch im Dormitorium und im Hospitalkeller. Der „Amplexus“ beruht nach Darstellung von Reiss auf einem wundersamen Bericht des Eberbacher Abtes Konrad, wonach ein Mönch den ins Gebet versunkenen Bernhard antraf und ihm schien, dass „die Majestät selbst die Arme von den Enden des Kreuzes löste, den Diener Gottes umfasste und an sich zog“. Reiss sieht dies als ergreifendes Symbol für die überlieferte Passions- und Kreuzestheologie Bernhards. Die öffentliche Vernissage beginnt heute um 19 Uhr in der Basilika des Klosters. Termine für Führungen können unter 0 64 39/9 01 08 45 vereinbart werden. Informationen zur Künstlerin und Videos zur Entstehung des „Amplexus“ finden sich im Internet unter www.jutareiss.de. (obo.)



Lebensgroße Bronzearbeiten: Rund 30 Werke der Künstlerin Jutta Reiss sind im Kloster Eberbach zu sehen.

Foto Michael Kretzer

WIESBADEN

Wer prüft die Prüfer?

Von Ewald Hetrodt



Man muss sich die konkrete Situation vor Augen führen: Es handelte sich um die spektakulärste Untersuchung, mit der das Wiesbadener Revisionsamt in den zurückliegenden Jahren beauftragt worden war. Fast ein halbes Jahr lang hatte die Öffentlichkeit darüber diskutiert, dass Uwe Cramer und Stefan Burghardt, die beiden Geschäftsführer der städtischen Verkehrsgesellschaft Eswe, jedem Mitarbeiter ohne Wissen des Aufsichtsrates freiwillig eine Sonderzahlung in Höhe von 300 Euro hatten überweisen lassen. Weil die Kommunalpolitiker nach möglichst vielen handfesten Gründen suchten, um sich von den beiden Geschäftsführern zu trennen, schickten sie das städtische Revisionsamt in ihre Büros. Es sollte sehr genau hinschauen. Gestern Abend erklärten die Prüfer, dass ihnen die zweite, bis dahin unbekannt freiwillige Einmalzahlung zwar aufgefallen sei. Aber sie sei aus ihrer Sicht rechtens gewesen. Darum hätten sie die Zuwendung nicht in ihren schriftlichen Bericht aufgenommen.

Das ist kaum zu glauben. Angesichts der langen und heftigen Debatte über die erste Überweisung wäre es die pure Selbstverständlichkeit gewe-

sen, auch auf die zweite Zahlung wenigstens klar hinzuweisen. Denn selbst wenn sie, rein juristisch betrachtet, tatsächlich nicht zu beanstanden sein sollte, stellt sich doch eine weitere Frage: Ist es legitim, dass die Geschäftsführung eines Unternehmens, das Millionenverluste schreibt, mehrfach freiwillige Leistungen auszahlt, ohne den Aufsichtsrat darauf aufmerksam zu machen?

Die Stadtverordneten merken allmählich, dass sie im Rathaus oft nicht ernst genommen werden.

Die Antwort darauf ist nicht Sache des Revisionsamtes. Dazu müssen die Stadtverordneten sich eine Meinung bilden. Aber zualtererst müssen sie ordnungsgemäß informiert werden.

Die Mandatsträger im Revisionsausschuss haben den Abschlussbericht der Verwaltung gestern Abend nicht gutgeheißen, sondern wegen einer Reihe von Mängeln lediglich zur Kenntnis genommen. Sie merken allmählich, dass sie im Wiesbadener Rathaus immer häufiger nicht ernst genommen werden.

Nicht informiert über Motivationsprämie

htr. WIESBADEN. Das Wiesbadener Revisionsamt hat von der „Motivationsprämie 2012“ für die Mitarbeiter der städtischen Verkehrsgesellschaft Eswe gewusst. Weil sie rechtlich nicht zu beanstanden gewesen sei, habe man sie im Abschlussbericht nicht erwähnt, hieß es gestern im vertraulichen Teil der Sitzung des Revisionsausschusses. Hingegen vertrat die Verkehrsdezernentin Sigrid Mörücke (SPD) die Auffassung, dass die inzwischen entlassenen Geschäftsführer den Aufsichtsrat über die Zahlung hätten informieren müssen. (Siehe Seite 46.)

Heute

Bürger werden verschont

Friedrichsdorf hat einen ausgeglichener Etat und damit wieder finanziellen Spielraum. Für die Bürger bedeutet dies, dass sie keine Steuererhöhungen zu befürchten haben. Seite 49

Zahl des Tages

2013 wurden in Hessen knapp 7160 Familien durch sozialpädagogische Familienhilfe unterstützt. Wie hoch war der Anteil der betroffenen Familien, die von Transferleistungen lebten?

- A ein Drittel
- B die Hälfte
- C zwei Drittel

Antwort auf Seite 50
Ausgewählt vom Hessischen Statistischen Landesamt

Eschborn muss besonders leiden

Die meisten Landkreise werden durch die Änderung des Kommunalen Finanzausgleichs bessergestellt. Das reicht den Politikern nicht.

Ir. RHEIN-MAIN. Keine kreisangehörige Stadt in Hessen muss mehr abgeben als Eschborn im Main-Taunus-Kreis: Auf 18,4 Millionen Euro soll Bürgermeister und Kämmerer Mathias Geiger (FDP) nach der Berechnung des Finanzministeriums verzichten. „Das müssen wir erst einmal verdauen“, sagte Geiger auf Anfrage. Dabei kämen die Einnahmen Eschborns ja nicht aus dem Nichts. Die Stadt habe sich um Firmen bemüht und die nötige Infrastruktur geschaffen. „Dafür werden wir jetzt bestraft.“ Geiger kann dem Vorschlag des Finanzministers erwartungsgemäß nichts abgewinnen: „Ich mache Arme nicht reicher, indem ich die Reichen ärmer mache.“ Die zweite Stadt in der Region, die ob ihrer guten finanziellen Verhältnisse sicher mit einem Nettoverlust rechnen konnte, war Bad Homburg. Die Kurstadt würde durch die Neuordnung gut vier Millionen Euro verlieren. „Schockiert“ war gestern der Kämmerer der Nachbarstadt Oberursel, die mit 3,9 Millionen Euro fast ebenso viel abgeben müsste. Dabei hat Oberursel, anders als die benachbarte Kurstadt, schon jetzt ein Defizit zu verkraften. „Aber wir gelten als steuerstarke Kommune“, sagte Kämmerer Thorsten Schorr (CDU). Für ihn sei jedoch die Bedarfsermittlung entscheidend. Schließlich sei Oberursel im Unterschied zu den meisten anderen Kommunen deutlich gewachsen und erbringe entsprechende Leistungen für die Kinderbetreuung. „3,9 Millionen Euro hätte ich nicht im Traum befürchtet.“ Mit einem Plus von 2,3 Millionen Euro kann der Kreis Offenbach rechnen. Auf

den ersten Blick sei dies „ganz gut“, sagte der hauptamtliche Kreisbeigeordnete Carsten Müller (SPD), der auch Kämmerer ist. Das Defizit im Kreishaushalt, das 2014 rund 34,2 Millionen Euro beträgt, werde damit aber nicht ausglich.

Die 13 kreisangehörigen Städte und Gemeinden erhalten der Modellrechnung zufolge insgesamt rund 6,6 Millionen Euro mehr. Allerdings gibt es erhebliche Unterschiede: Neun Kommunen können höhere Einnahmen erwarten. Ein Zuwachs von jeweils 2,2 Millionen Euro wird etwa für Langen und Rodgau ausgewiesen. Für Egelsbach und Mainhausen ändert sich nichts. Zwei Städte müssen erhebliche Einbußen verkraften: Neu-Isenburg knapp vier Millionen Euro und Dreieich rund 928 000 Euro. Der Dreieicher Bürgermeister Dieter Zimmer (SPD) zeigte sich gestern „erschreckt und fassungslos“, dass die Stadt als Schuttschirm-Kommune stärker belastet werde als bisher.

Nach der Modellrechnung des Finanzministeriums würde die Stadt Wiesbaden profitieren und künftig knapp 20 Millionen Euro mehr erhalten. Bevor er den Sachverhalt bewerte, wolle er sich zunächst die Berechnungsgrundlage anschauen, sagte gestern Kämmerer Axel Imholz (SPD).

Auch André Schellenberg (CDU) gehörte zu den zufriedenen Kämmerern. Die Änderungen bedeuten für Darmstadt ein Plus von 25 Millionen Euro. „Das ist eine prima Nachricht“, sagte Schellenberg, zumal er die ganze Zeit mit Blick auf die strukturschwachen Landkreise in Nord- und Mittelhessen kein so „richtig gutes Gefühl“ gehabt habe. Darmstadts Kämmerer geht davon aus, dass die Neuberechnung auf Dauer aber doch geringer ausfallen wird.

Offenbachs Kämmerer Felix Schwenke (SPD) mag sich nicht so recht freuen. Dass Offenbach aus dem Kommunalen Finanzausgleich künftig 13 Millionen Euro mehr als bislang erhalten soll, fin-

det er zwar gut. Doch wie Hessens Finanzminister Thomas Schäfer (CDU) auf diesen Betrag gekommen ist, das ist für Schwenke ein Rätsel. Im vorigen Jahr bekam Offenbach aus dem Kommunalen Finanzausgleich 99 Millionen Euro. Da Offenbach in diesem Jahr ein Defizit von fast 49 Millionen Euro zu verzeichnen habe, seien 13 Millionen Euro eklatant zu wenig. Blicke es dabei, wäre die Finanzreform ein Treppenwitz.

Der Landrat des Wetteraukreises, Joachim Arnold (SPD), lehnt die Modellberechnung ab. Die hessische Landesregierung sei mit Blick auf das Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs „deutlich zu kurz gesprungen“. Er könne „keine substantielle Verbesserung“ erkennen. Am Beispiel der beiden Städte Bad Vilbel und Bad Nauheim werde die „Augenwischerei“ des Finanzministers sichtbar: Die beiden Kommunen mit den meisten Einwohnern in der Wetterau weisen nach Angaben von Arnold in diesem Jahr zusammen ein Defizit von zwölf Millionen Euro auf. Durch den geplanten neuen Kommunalen Finanzausgleich sollen beide Kommunen aber nur 2,3 Millionen Euro mehr als bisher erhalten.

Auch im Main-Kinzig-Kreis wurde Kritik laut. Vom Jahr 2016 an werde dem Landkreis 9,5 Millionen Euro weniger zur Verfügung haben, teilen Landrat Erich Pipa (SPD) sowie die beiden weiteren hauptamtlichen Dezernenten, Susanne Simmler (SPD) und Matthias Zach (Die Grünen), mit. Für die Städte im Main-Kinzig-Kreis ergibt sich dagegen ein anderes Bild: Den meisten von ihnen wird künftig mehr Geld zur Verfügung stehen. So soll Hanau in diesem Jahr 3,7 Millionen Euro mehr erhalten. Großkrotzenburg werde um 100 Euro pro Einwohner bessergestellt. Weniger erhalten künftig Biebergemarkund Niederdorfelden. Biebergemarkund hat hohe Gewerbesteuererinnahmen und verliert dem Land zufolge fast 1,4 Millionen Euro.

SPD kritisiert Verbandsgenossen

Schäfer-Gümbel bedauert Platzen der rot-grünen Koalition

mch. RHEIN-MAIN. In der SPD mehren sich die Stimmen, die den überraschenden Koalitionswechsel der Genossen im Regionalverband für nicht richtig halten. Kritik kommt insbesondere aus den Reihen derer, die in ihren Städten und Kreisen mit den Grünen zusammenarbeiten. Aber auch Landeschef Thorsten Schäfer-Gümbel findet keine lobenden Worte für die in den Hinterzimmern der Region vorbereitete Entscheidung. Er bedauere es, teile er offiziell mit, dass die Koalition im Regionalverband vor dem Aus stehe. „Die Entscheidung wurde vor Ort getroffen.“ Die SPD-Gruppe im Verband hatte in der vergangenen Woche während einer Klausurtagung weitestgehend ungestimmt mit SPD-Politikern in Land und Region beschlossen, ihre Koalition mit den Grünen aufzukündigen und stattdessen mit der CDU zu verhandeln, um sich für die nächsten zehn Jahren zu binden.

Der Offenbacher Oberbürgermeister Horst Schneider (SPD), der in seiner Stadt mit Grünen und Freien Wählern zusammenarbeitet, spricht von einem „merkwürdigen politischen Coup“, der sich zu diesem Zeitpunkt, eineinhalb Jahre vor der Kommunalwahl, regionalpolitisch nicht begründen lässt. Schneider ist als Offenbacher Stadtoberhaupt Mitglied des erweiterten Vorstands des Regionalverbands. Er nennt sich selbst einen großen Verfechter des regionalen Gedankens. Nach der Kommunalwahl 2011 hatte er sich für eine große Koalition in Rhein-Main eingesetzt und war sogar bereit gewesen, den damaligen CDU-Verbandsdirektor Heiko Kasseckert in seiner Position zu belassen. Stattdessen wurde aber Kasseckert von der rot-grünen Mehrheit abgewählt.

Die deutlichsten Worte findet der SPD-Vorstand im Kreis Groß-Gerau. Er sieht in der Vorgehensweise ein „skandalöses Verhalten, das einer nachvollzieh-

baren Grundlage entbehrt“, heißt es in einem Beschluss, den der Vorstand in einer Sitzung am Dienstagabend einstimmig getroffen hat. Die Sozialdemokraten im Kreis Groß-Gerau, in dem Rot und Grün seit 2008 zusammenarbeiten, fordern nun, dass in den Gremien des Verbands und der Regionalversammlung eine „ergebnisoffene Diskussion mit ordnungsgemäßer Ladung und Tagesordnung stattfindet“. Hintergrund dieser Bemerkung ist, dass in der Einladung für die Klausurtagung der SPD-Gruppe lediglich von Haushaltsberatungen die Rede war und nicht vom möglichen Ende der rot-grünen Koalition.

Von den 32 SPD-Mitgliedern im Verband melden sich nur wenige zu Wort. Die Sulzbacher Bürgermeisterin Renate Wolf sagte: „Ich breche nicht gern Vereinbarungen.“ Doch in der Klausurtagung habe sie gegen den Fortbestand der rot-grünen Koalition votiert, nachdem der Wölfersheimer Bürgermeister Rouven Köter als Gruppenchef sie als zerrüttet dargestellt habe. „Aber natürlich haben bei der Abstimmung zwei Herzen in meiner Brust geschlagen“, sagt Wolf.

Der Oberurseler Bürgermeister Hans-Georg Brum, der in seiner Stadt mit einer rot-grünen Koalition arbeitet, bedauert das Aufkündigen der Zusammenarbeit mit den Grünen. Offenbar gehe es auch viel „um die fehlende Chemie zwischen den handelnden Personen“. Er selbst war bei der entscheidenden Abstimmung nicht anwesend. Gleichzeitig eröffnet Brum zufolge eine große Koalition „neue Chancen“. Der Verband habe eine „außerordentlich wichtige Funktion für die Entwicklung des Ballungsraums“. Er müsse die Interessen der Kommunen bündeln und ein schlüssiges Gesamtkonzept bieten. Den Verband müssten Managementqualitäten prägen, meint Brum. „Er ist kein Gremium für die großen politischen Debatten.“

„IMMER MEHR KUNDEN ENTSCHEIDEN SICH FÜR GLEITSICHT ...“

Perfektes Sehen.
Perfektes Angebot.

* Inkl. kostenloser Bestimmung Ihrer Sehstärke und Fertigung der Brille in unseren Meisterwerkstätten.

(nicht kombinierbar mit anderen Angeboten)



30%
Rabatt auf
alle Gleitsicht-
gläser*



Abele Optik GmbH
60385 Frankfurt: Saalburgstr. 22 · 60596 Frankfurt: Gartenstr. 32 · 60487 Frankfurt, Leipziger Str. 25 · 60388 Frankfurt, Hessen-Center, Borsigallee 26
65843 Sulzbach, Main-Taunus-Zentrum · 65929 Frankfurt/Höchst: Königsteiner Str. 3d · 63263 Neu-Isenburg, EKZ, Shopteil-Ost, Hermesstr. 4
63225 Langen, Rheinstr. 37-39 · 63450 Hanau, Krämerstr. 5 · 63065 Offenbach, Herrmstr. 28 · 61118 Bad Vilbel, Marktplatz 2-4
61348 Bad Homburg, Louisenstr. 44 · 61440 Oberursel, Vorstadt 3
www.abele-optik.de | 72-mal in Deutschland



abele, optik.

BESTENS BERATEN